

Widerstand wofür? – der Fall Iran

Politische Massenproteste sind zumeist Ausdruck eines längerfristig gewachsenen Unbehagens. Die jüngsten Massenproteste im Iran hatten aber auch einen hochaktuellen Anlass, und sie hatten ein aktuelles Ziel. Der Anlass war die vermutete Wahlfälschung nach der Präsidentschaftswahl, und das aktuelle Ziel war eine Neuauszählung der Stimmen. Hiermit verband sich die Hoffnung auf andere Mehrheitsverhältnisse und damit auf einen anderen Präsidenten.

Sicher wäre es ein Fortschritt im Sinne der Protestierenden gewesen, wenn eine Neuauszählung der Stimmen einen neuen Präsidenten hervorgebracht hätte. Ein Präsident Mussawi statt Ahmadinedschad hätte zweifellos die aufgebrauchten Gemüter vorerst beruhigt. Er hätte einen anderen Politikstil und eine andere politische Rhetorik gepflegt als sein Vorgänger, er hätte sich vermutlich mit infantilem politischem Säbelrasseln und vorurteilsgetränkten ideologischen Verbalattacken zurückgehalten, und möglicherweise hätte er auch nicht weiter die Illusion geschürt, den Bürgern seines Landes würde es bessergehen, wenn ihr Staat über Atomwaffen verfügte. Vielleicht hätte er sogar dazu beigetragen, dass der Staat sich etwas weniger in die Lebensstile seiner Bürger einmischt und dass die staatliche Zensur etwas gelockert wird. All dies wären aus Sicht der Protestierenden zweifellos kleine Fortschritte gewesen, die sie durch ihre Stimmabgabe für Mussawi haben bewirken wollen.

Die Frage ist allerdings, wie lange solche kleinen Veränderungen im Politiksteil den Bürgern des Landes genügt hätten. Einen viel weitergehenden politischen Wandel nämlich hätte ein personeller Wechsel im Präsidentenamt nicht bewirkt. Das System wäre ein fundamentalistisch verfasseter Gottesstaat geblieben, in dem weiterhin der religiöse Führer Armee und Milizen befiehlt, in dem die Gesetzgebung

von einer religiösen Machtelite kontrolliert wird und in dem eine religiös dominierte Instanz weiterhin die Kandidaten für politische Ämter, also auch die Präsidentschaftskandidaten selektiert. Auch ein Präsident Mussawi wäre Teil dieses politischen Systems geblieben, und er hätte nichts anderes gewollt. Von diesem System sind politische Kandidaten und Amtsinhaber im Vorhinein geprägt und in ihren politischen Handlungsmöglichkeiten eingeschränkt. Dieses System hat zudem einen starken Willen zur Selbstbehauptung, und es hat vor allem auch die Macht hierzu, die Macht zur Wahlfälschung eingeschlossen. Ein solches System lässt sich durch keinen friedlichen Massenprotest ernsthaft ins Wanken bringen. Für eine grundlegende politische Erneuerung wäre daher nicht weniger vonnöten als eine gewaltbereite Revolution, was unter den gegebenen Verhältnissen im Iran zweifellos Bürgerkrieg bedeuten würde.

Offene und unterschwellige Protestziele

Auf eine Revolution wollten die Massenproteste im Iran sicher nicht hinaus, am allerwenigsten auf einen Bürgerkrieg. Dennoch könnte der in den Protesten manifestierte politische Veränderungswille auf weit mehr abzielen als auf einen personellen Wechsel im Präsidentenamt. Auch wenn die politische Vorstellungskraft der Protestierenden noch kaum über eine Neuauszählung der Stimmen hinausreichte, waren die Proteste allem Anschein nach auch Ausdruck eines Unbehagens an der politischen Kultur des Landes, die ihrerseits wesentlich vom politischen System geprägt ist. Solches Unbehagen entzündet sich zu allererst an der politischen Rhetorik, an der ermüdenden Beschwörung politischer Feindbilder beispielsweise, die an die abgegriffene Klassenfeindrhetorik sozialistischer Staaten erinnert und früher oder später auf ähnliche Weise ihre Wirkung verfehlen wird. Die Bürger

wollen es irgendwann nicht mehr hören, nicht mehr abgespeist werden z.B. mit Feindbildrhetorik als Ersatz für ein besseres eigenes Leben. Wenn sie aber die Sprache der Regierenden satt haben, dann werden die Bürger auch eines Staates überdrüssig, der ihnen Lebensstile vorschreibt und politische Freiheiten vorenthält. Dann aber würde ihnen kein Personalwechsel *im* System mehr genügen, sondern es wäre Zeit für einen Wandel *des* Systems. Da das bestehende System aber einen Wandel seiner selbst nicht zulässt, ist eine solche Bewusstseinslage dem Wesen nach letztlich doch revolutionär.

Die Schlussfolgerung hieraus darf dennoch nicht sein, ein künftiger Systemwandel bleibe einer Revolution vorbehalten, wie gewaltsam diese auch immer verlaufen mag. Wenn es für die Erosion einer Staatsordnung auch nur allererste Indizien gibt, dann ist es vielmehr an der Zeit, Konzepte für einen geordneten Wandel des Systems zu entwickeln. Dann sollte überlegt werden, ob nicht selbst ein so geschlossenes, zementiertes System wie das iranische sich öffnen könnte für einen schrittweisen, nach vorgegebenen Regeln zu vollziehenden Wandel. Vorstellbar ist dies zumindest dann, wenn auch innerhalb des Systems die Einsicht reift, dass es nicht für die Ewigkeit und nicht einmal für Jahrhunderte gemacht ist, sondern allenfalls für einige Jahrzehnte oder ein paar Generationen, dass es daher Vorsorge treffen sollte für seinen eigenen Wandel und dass dieser Wandel umso glimpflicher verlaufen wird, je besser er antizipiert ist.

Die Lösung dieses Problem liegt im Konzept des „Staates auf Bewährung“.¹ Ein Staat, der sich selbst auf Bewährung setzt, muss nicht mehr Massenproteste und gewaltsamen Umsturz fürchten. Er

stellt vielmehr selbst die Regeln auf, nach denen er sich dem politischen Bewusstseinsstand seiner Bürger anpasst. Im Fall Iran könnte dies bedeuten, dass die Verfassung um eine – vorerst behutsame – Revisionsklausel ergänzt wird, dass beispielsweise ein spezialisierter „Wächterrat“ eingerichtet wird, der ausschließlich für künftige eventuelle Verfassungsänderungen zuständig ist, und dass dieser Rat solche Verfassungsänderungen vorausschauend entwirft und die Bürger bei Bedarf hierüber abstimmen lässt. Ein solches Verfahren würde dem bestehenden System zwar nicht in Gänze ein langfristiges Überleben sichern, aber es könnte doch Teilen des Systems eine langfristige Tolerierung durch seine Bürger verschaffen. Der herrschenden Machtelite eröffnet es zumindest die Perspektive, den irgendwann unvermeidlichen Machtverlust ohne Gesichtsverlust zu bestehen.

Für ein System wie das iranische könnte ein solches Verfahren beispielsweise bedeuten, dass Verfassungswächter den Bürgern irgendwann Verfassungsänderungen zur Wahl stellen, nach denen Präsidentschaftskandidaten und später auch Parlamentskandidaten nicht mehr von der religiösen Führung gebilligt werden müssen, nach denen Armee und Milizen nicht mehr dem obersten religiösen Führer unterstellt sind und nach denen späterhin Parlament und Präsident Kompetenzen an neu zu schaffende, von der religiösen Führung unabhängige Instanzen abgeben. So könnte ein Verfahren in Gang gesetzt werden, in dem ein zuvor fest zementiertes System langsam aufgeweicht wird, in dem es langsam dem politischen Bewusstseinswandel folgt und daher nicht irgendwann doch gewaltsam beseitigt werden muss. Dies könnte einem Land wie dem Iran auch ersparen, in künftigen revolutionären Wirren die Staatsform westlicher Demokratien eilig übernehmen zu müssen, weil die Umstände eine eigenständige Staatsformentwicklung nicht mehr zulassen.

Die Rolle der westlichen Welt

Auch die Staatsführungen westlicher Demokratien sind sich natürlich darüber im

¹ S. hierzu B. Wehner, *Der Staat auf Bewährung*, Darmstadt 1993. Auch verfügbar in www.reformforum-neopolis.de (s. Katalog).

Klaren, dass im Iran die Voraussetzungen für einen friedlichen Systemwandel vorerst nicht gegeben sind. Dies ist einer der Gründe dafür, dass von dieser Seite zwar Sympathien für die iranischen Massenproteste bekundet und rechtsstaatlicher Umgang mit den Protestierenden angemahnt, den Protestierenden aber keinerlei Ratschläge für politisches Handeln gegeben wurden. Der Ratschlag hätte nur sein können, es entweder bei symbolischen Protestgesten zu belassen oder aber den Versuch einer Revolution zu wagen.

Die Zurückhaltung westlicher Staaten und Regierungen gegenüber Protestbewegungen wie derjenigen im Iran hat aber noch andere Gründe. Auch in westlichen Demokratien nämlich ist die Staatsordnung nicht in geordnetem Verfahren veränderbar. Die Verfassung selbst gibt nicht vor, dass und wie die Staatsordnung in geregelten Verfahren an sich wandelnde Anforderungen anzupassen wäre. Demokratische Staatsordnungen entwickeln sich darüber hinaus auch deswegen nicht weiter, weil ihr Erhalt im Eigeninteresse des Gesetzgebers, der Parteien und der so genannten politischen Klasse liegt. Allein Parteien und Parlamente könnten die bestehende Staatsordnung in geordneter Weise verändern, aber sie würden es schon aus eigenem Interesse nicht tun wollen. Das Ergebnis ist eine Zementierung des Systems, die der Starrheit der iranischen Staatsordnung nicht unähnlich ist. Etablierte demokratische Staaten würden daher den Bürgern anderer Staaten schon deswegen nicht zu einer wandlungsfähigen Staatsordnung verhelfen wollen, weil damit Schwächen der eigenen Staatsordnung offengelegt würden. Sie würden allenfalls die Hand reichen wollen für eine spontane Übernahme ihrer eigenen, also der westlich-demokratischen Staatsordnung.

Demokratische Staaten verhindern den Wandel ihrer Staatsordnung zudem auch aus Unfähigkeit. Sie sind unfähig, Regeln für einen friedlichen politischen Systemwandel zu ersinnen oder auch zu erkennen, weil keine politische Instanz speziell hierzu berufen ist und ihre intellektuellen Ressourcen speziell hierauf ausrichten müsste. Auch aufgrund dieser Unfähigkeit zum Systemwandel haben westliche Demokratien eine verständliche Angst vor der Instabilität von Staatsordnungen, der eigenen wie jeglicher fremden.

Die Massenproteste im Iran haben deutlich gemacht, wie wenig westliche Demokratien daher zur Veränderlichkeit von Staatsordnungen beitragen können und wie wenig sie es auch wollen. Erst wenn in den derzeit höher entwickelten Staaten die Staatsordnung als ein System auf Bewährung verstanden würde, ein System also, das seine eigene Veränderlichkeit in – ihrerseits veränderliche - Regeln zu fassen hat, könnten Proteste in weniger entwickelten Staaten mit fundiertem Ratschlag und Beistand in dieser Frage rechnen. Der Ratschlag würde dann nicht mehr lauten: Werdet irgendwann wie wir, übernehmt irgendwann unser System. Der Ratschlag wäre: Euer Staat soll sich ändern können, wenn und wie seine Bürger es wollen. Damit würden sich auf lange Sicht auch neokratische Entwicklungsperspektiven für die betroffenen Staaten auf tun.

07 - 2009

www.reformforum-neopolis.de